

Verteilung des Wohlstands in der Schweiz

Bericht in Erfüllung des Postulates Fehr vom 9. Mai 2001 (01.3246)

im Auftrag der Eidgenössischen Steuerverwaltung

8. Juni 2004

Ecoplan, mit Beiträgen des Bundesamts für Statistik (BFS) und der Eidgenössischen Steuerverwaltung (ESTV)

Die dem Bericht zugrunde liegende Studie kann unter www.estv.admin.ch bezogen werden.

Impressum

Empfohlene Zitierweise

Autor: Ecoplan
Titel: Verteilung des Wohlstands in der Schweiz
Untertitel: Bericht in Erfüllung des Postulates Fehr vom 9. Mai 2001 (01.3246)
Auftraggeber: Eidgenössische Steuerverwaltung
Ort: Bern
Jahr: 2004
Bezug: Eidgenössische Steuerverwaltung

Begleitgruppe

Bruno Jeitziner, ESTV (Vorsitz)
Olivier Brunner-Patthey, BSV
Andrea Haerter, BSV
Ruth Meier, BFS
Caterina Modetta, BFS
Rudi Peters, ESTV
Beat Schmid, BFS

Projektteam Ecoplan

André Müller (Projektleitung)
Michael Marti
Robert Oleschak
Stephan Osterwald

Die Auswertung der Daten und die Verfassung des Berichtes geschah in enger Zusammenarbeit mit der Eidgenössischen Steuerverwaltung, dem Bundesamt für Statistik, dem Bundesamt für Sozialversicherung und Ecoplan.

Der Bericht gibt die Auffassung der Autoren wieder, die nicht notwendigerweise mit derjenigen des Auftraggebers oder der Begleitorgane übereinstimmen muss.

Ecoplan

Forschung und Beratung
in Wirtschaft und Politik

www.ecoplan.ch

Thunstrasse 22
CH - 3005 Bern
Tel +41 31 356 61 61
Fax +41 31 356 61 60
bern@ecoplan.ch

Postfach
CH - 6460 Altdorf
Tel +41 41 870 90 60
Fax +41 41 872 10 63
altdorf@ecoplan.ch

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	2
Glossar	3
Bericht in Erfüllung des Postulates Fehr vom 9. Mai 2001 (01.3246).....	5
Neue Ergebnisse zur Wohlstandsverteilung in der Schweiz.....	5
Das verfügbare Einkommen	6
Verteilung der Einkommen	8
Entwicklung der Einkommen 1990 bis 2001	13
Die Vermögen – ungleich verteilt	18
Wohlbefinden – nicht nur eine Frage des Einkommens.....	19

Abkürzungsverzeichnis

AHV	Alters- und Hinterlassenenversicherung
ALV	Arbeitslosenversicherung
BFS	Bundesamt für Statistik
BIP	Bruttoinlandprodukt
BSV	Bundesamt für Sozialversicherungen
CHF	Schweizer Franken
EH1	Haushalt im Erwerbsprozess, „1“ steht für 1. Dezil
EO	Erwerbersatzordnung
ESTV	Eidgenössische Steuerverwaltung
ESVG 95	Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen von 1995
EU	Europäische Union
EVE	Einkommens- und Verbrauchserhebung
EVE98, 00 und 01	Einkommens- und Verbrauchserhebung 1998 respektive 2000 und 2001
ISCO	International Standard Classification of Occupations
IV	Invalidenversicherung
LIK	Landesindex der Konsumentenpreise
LIS	Luxembourg Income Study
LSE	Schweizerische Lohnstrukturerhebung
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development
RH1	Rentnerhaushalt, „1“ steht für 1. Quartil
SAKE	Schweizerische Arbeitskräfteerhebung
seco	Staatssekretariat für Wirtschaft
VE90	Verbrauchserhebung 1990
VGR	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

Glossar

Äquivalenzeinkommen (Einkommen pro Äquivalenzperson)

Damit Haushalte verschiedener Grösse untereinander vergleichbar sind, werden die Einnahmen und Ausgaben pro Äquivalenzperson bzw. für einen Ein-Personen-Haushalt ausgewiesen. Die Umrechnung geschieht mithilfe einer Äquivalenzskala, welche die Tatsache berücksichtigt, dass jede zusätzliche Person in einem gemeinsamen Haushalt nicht dieselben Zusatzkosten verursacht wie die erste Person.

Dezile

Dezile teilen ein der Größe nach geordnetes Datenbündel in 10 gleich große Teile. In der Regel werden im Rahmen dieser Studie nicht die Dezilgrenzen, sondern die Mittelwerte der Dezile dargestellt – also für das 1. Dezil der Mittelwert aus den 10% ärmsten Haushalten.

Gini-Koeffizient

Mass für die Ungleichverteilung von bspw. Einkommen zwischen Wirtschaftssubjekten. Der Gini-Koeffizient bewegt sich zwischen 0 und 1. Ist er Null, so sind die Einkommen völlig gleich verteilt, d.h. jeder und jede erhält dasselbe Einkommen. Je grösser der Gini-Koeffizient ist, desto ungleicher ist die Verteilung der Einkommen.

Haushalte im Erwerbsprozess / Erwerbshaushalte

Haushalte im Erwerbsprozess sind Haushalte, dessen Referenzperson folgenden Erwerbsstatus aufweist: Selbständigerwerbender, Landwirt, Unselbständigerwerbender, Hausfrau/Hausmann oder Arbeitslos (Definition entspricht Positionen 11, 12, 13, 21, 31, 33 und 35 der Variable „Erwerbsstatus PREIS“ gemäss BFS).

Haushaltskonzept

Bei der Messung der Ungleichheit (Gini-Koeffizient und Theil-Index) stellt sich die Frage, wie die demographischen Haushaltsmerkmale berücksichtigt werden sollen. Beim Haushaltskonzept wird lediglich das Haushaltseinkommen mit Hilfe der Äquivalenzskala umgerechnet, um diese miteinander vergleichen zu können. Beim Personenkonzept wird zusätzlich die Gewichtung an die Anzahl der im Haushalt lebenden Personen angepasst.

Kurzfristig frei verfügbares Einkommen

Verfügbares Einkommen abzüglich Ausgaben für die Miete, Hypothekarzinsen und Nebenkosten der Erstwohnung, der 3. Säule an Versicherungen, Prämienzahlungen für Versicherungen, Übertragungen an Haushalte (dies sind Unterstützung anderer Haushalte, aber auch Schenkungen, usw.) und übrigen Steuern (dies sind Militärpflichtersatz, Hundesteuer, usw.).

Median

Der Median gibt das Zentrum der in aufsteigender Reihenfolge klassierten Einkommen wieder. Für die Hälfte der Haushalte liegt ihr Einkommen unterhalb des Medianeinkommen und für die andere Hälfte darüber. Im Gegensatz zum Mittelwert ist der Median stabil in Bezug auf Extremwerte (extrem hohe oder tiefe Werte).

Mittelwert

Der Mittelwert, oder auch arithmetisches Mittel, gibt die durchschnittliche Einkommens- und Ausgabenhöhe wieder.

Personenkonzept

Bei der Messung der Ungleichheit (Gini-Koeffizient und Theil-Index) stellt sich die Frage, wie die demographischen Haushaltsmerkmale berücksichtigt werden sollen. Beim Haushaltskonzept wird lediglich das Haushaltseinkommen mit Hilfe der Äquivalenzskala umgerechnet, um diese miteinander vergleichen zu können. Beim Personenkonzept wird noch zusätzlich die Gewichtung an die Anzahl der im Haushalt lebenden Personen angepasst.

Quartil

Quartile teilen ein der Größe nach geordnetes Datenbündel in 4 gleich große Teile. In der Regel werden im Rahmen dieser Studie nicht die Quartilsgrenzen sondern die Mittelwerte der Quartile dargestellt – also für das 1. Quartil der Mittelwert aus den 25% ärmsten Haushalten.

Referenzperson

Die Referenzperson ist dasjenige Haushaltsmitglied, das am meisten zum Gesamteinkommen des Haushalts beiträgt. Die Haushalte werden nach den verschiedenen Personenmerkmalen der Referenzperson eingeteilt, wie z.B. nach Alter, Geschlecht und sozio-ökonomischem Status.

Rentnerhaushalte

Die Haushalte werden nach Massgabe des Erwerbsstatus der Referenzperson definiert. Die Referenzperson gilt dann als Rentner, wenn sie 65 Jahre oder älter oder Frührentner/IV-Bezüger ist (Definition entspricht Position 34 der Variable „Erwerbsstatus PREIS“ gemäss BFS).

Theil-Index

Mass für die Ungleichverteilung von bspw. Einkommen zwischen Wirtschaftssubjekten. Der Theil-Index bewegt sich zwischen 0 (völlige Gleichverteilung) und $\log(n)$ (maximale Ungleichverteilung), wobei n für die Anzahl Beobachtungen steht.

Verfügbares Einkommen

Gesamtes Bruttoeinkommen abzüglich der Ausgaben für AHV/IV/EO-, Arbeitslosenversicherungs-, Unfallversicherungs-, obligatorische und überobligatorische Pensionskassenbeiträge, Krankenkassengrundversicherungsprämien, andere Lohnabzüge, direkte Bundessteuer, kantonale, kommunale und andere Steuern, sowie Quellen- und Liegenschaftssteuern des eigenen Erstwohnsitzes.

Wachstumsbeitrag

Der Begriff Wachstumsbeitrag soll hier am Beispiel des verfügbaren Einkommens erläutert werden. Das verfügbare Einkommen setzt sich aus Einkommens- und Ausgabenkomponenten zusammen, die im Zeitverlauf zu- oder abnehmen. Der Wachstumsbeitrag ist die gewichtete prozentuale Zunahme der jeweiligen Einkommens- und Ausgabenkomponenten am verfügbaren Einkommen.

Verteilung des Wohlstands in der Schweiz

Bericht in Erfüllung des Postulates Fehr vom 9. Mai 2001 (01.3246)

Neue Ergebnisse zur Wohlstandsverteilung in der Schweiz

Ziel dieses Berichts ist eine Darstellung der Fakten über die Einkommens- und Vermögensverhältnisse in der Schweiz und deren Entwicklung in den Jahren 1990 bis 2001. Der Auslöser für diesen Bericht ist ein Postulat von Nationalrätin Jacqueline Fehr. Im Postulat wird gefordert, dass der Bundesrat einen Bericht erstellen lässt, der die Wohlstandsverhältnisse und die Verteilung der Konsumkraft in der Schweiz darstellt. Dabei soll insbesondere gezeigt werden, wie sich die Einkommens- und Vermögensverhältnisse nach Abzug aller Steuern und Abgaben in den letzten zehn Jahren entwickelt haben.

Für diesen Bericht werden unter anderem neue Auswertungen zu den Einkommens- und Verbrauchserhebungen 1990, 1998, 2000 und 2001, zu den Steuerdaten der Bemessungsjahre 1987/88 und 1995/96 sowie zur Lohnstrukturhebung 1996, 1998 und 2000 präsentiert.

Der Bericht ist auf die direkten Steuern fokussiert. Für eine Berücksichtigung der indirekten Steuern und der nicht steuerlichen Zwangsabgaben wären zusätzliche zeitaufwändige und entsprechend kostspielige Analysen notwendig gewesen.

Die indirekten Steuern (z. B. Mehrwert- oder Tabaksteuer) werden im Bericht nicht explizit berücksichtigt. Bei indirekten Steuern sind Steuerzahler und Steuerträger nicht identisch. Der Steuerträger soll indirekt belastet werden. Inwiefern dies tatsächlich gelingt, hängt von den Überwälzungsprozessen ab. Indirekte Steuern können deshalb den einzelnen Haushalten nicht unmittelbar zugerechnet werden. Vielmehr müsste mittels Inzidenzanalyse (d.h. einer Untersuchung der Überwälzungsprozesse) geklärt werden, welche Haushalte letztlich wie stark belastet werden. Eine solche Analyse kann jedoch nur auf der Basis eines umfassenden Modells (beispielsweise eines allgemeinen Gleichgewichtsmodells) erfolgen. Mehrwertsteuererhöhungen werden im Bericht aber implizit berücksichtigt, soweit diese zu Inflation führen. Durch die Deflationierung mit dem Landesindex der Konsumentenpreise wird nämlich dem Kaufkraftverlust Rechnung getragen.

Der Bericht enthält auch keine systematische Analyse der nicht-steuerlichen Zwangsabgaben von Bund, Kantonen und Gemeinden. Ein Teil dieser Abgaben wird aber im Rahmen der Zwangsausgaben (z.B. Prämien für die Krankenkassengrundversicherung) oder der periodischen Ausgaben mit längerfristigen Verpflichtungen (z.B. Krankenkassenprämien für Zusatzversicherungen, Abwasser- und Wassergebühren) im Bericht erfasst. Die verfügbaren statistischen Informationen erlauben jedoch keine detaillierte Aufschlüsselung auf die einzelnen Abgaben, Gebühren oder Güter mit staatlich administrierten Preisen. Diese Abgaben können

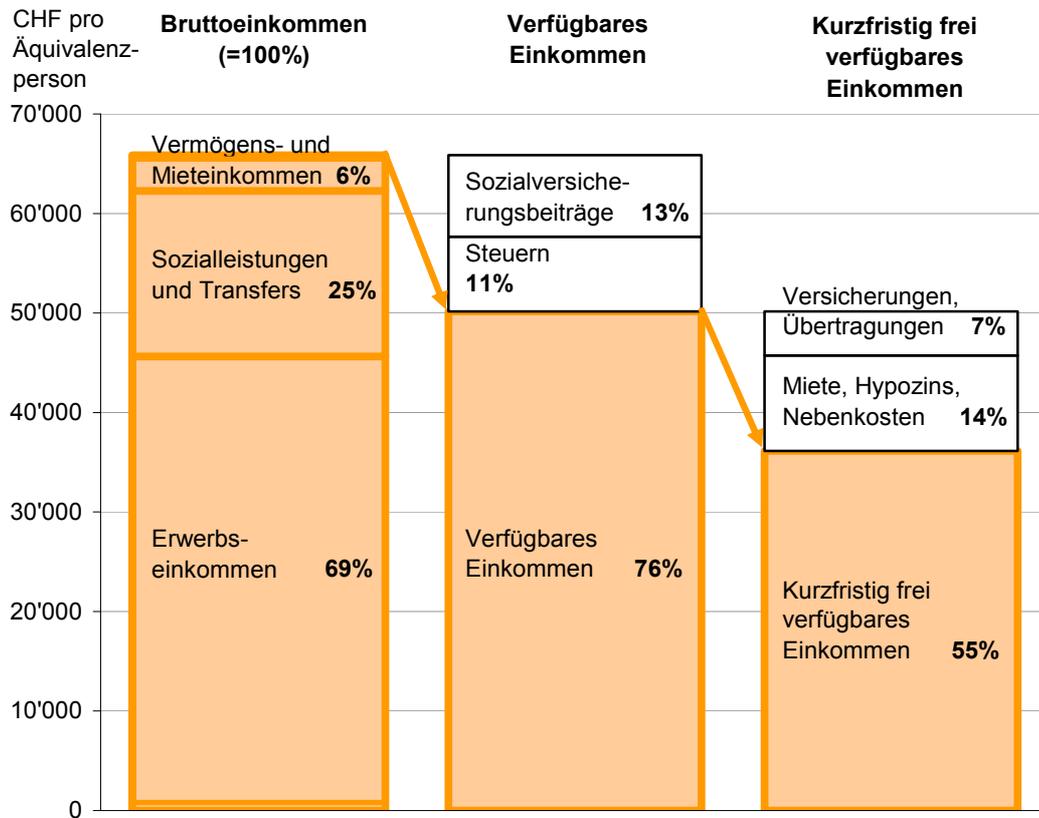
in der Einkommens- und Verbrauchserhebung gar nicht einzeln erfragt werden, weil sie z.B. in den Miet-Nebenkosten enthalten sind.

Das verfügbare Einkommen

Die in der Schweiz lebenden Erwerbs- und Rentnerhaushalte erzielten im Jahr 2001 ein durchschnittliches jährliches Bruttoeinkommen pro Äquivalenzperson von 66'000 CHF, welches sich zu 69% aus ihrem Erwerbseinkommen, zu 25% als Sozialleistungen und zu rund 6% aus Vermögens- und Mieteinnahmen zusammensetzt (Quelle: Einkommens- und Verbrauchserhebung 2001). 11% dieses *Bruttoeinkommens* gehen in Form von Steuern und Beiträgen an den Staat, 13% an die Sozialversicherungen. Zieht man diese *Zwangsausgaben* ab, so bleibt dem Haushalt ein *verfügbares Einkommen* von 76% des ursprünglichen Bruttoeinkommens. Dieses *verfügbare Einkommen* spielt bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Situation der Haushalte eine zentrale Rolle, da es letztendlich die Grundlage für Konsum und Sparen bildet. Von diesem verfügbaren Einkommen müssen Miete, Nebenkosten, Versicherungsprämien und Übertragungen an andere Haushalte bezahlt werden – all dies sind *periodische Ausgaben mit längerfristiger Verpflichtung*. Das *kurzfristig frei verfügbare Einkommen* beträgt noch 55% des Bruttoeinkommens.

Um den Wohlstand der Haushalte miteinander vergleichbar zu machen, muss neben dem gesamten Haushaltseinkommen auch die Grösse der Haushalte berücksichtigt werden. Der Ein-Personen-Haushalt mit einem jährlichen verfügbaren Einkommen von 50'000 CHF ist anders zu beurteilen als eine vierköpfige Familie mit demselben verfügbaren Einkommen. Damit Haushalte verschiedener Grösse untereinander vergleichbar sind, werden die Einnahmen und Ausgaben pro *Äquivalenzperson* ausgewiesen. Aus den 50'000 CHF der vierköpfigen Familie (2 Erwachsene, 2 Kinder) berechnet sich ein verfügbares Einkommen pro Äquivalenzperson von 23'800 CHF. Das Einkommen wird also nicht einfach durch die Anzahl Köpfe geteilt, sondern es wird berücksichtigt, dass eine zusätzliche Person in einem gemeinsamen Haushalt nicht dieselben Zusatzkosten verursacht wie die erste Person; so braucht es beispielsweise nur eine Küche – egal ob ein oder zwei Personen sich den Haushalt teilen.

Grafik 1: Vom Bruttoeinkommen zum kurzfristig frei verfügbaren Einkommen, absolute Werte und Anteile am Bruttoeinkommen, 2001 (zu Preisen 2001)



Quelle: Einkommens- und Verbrauchserhebung 2001, Auswertung Ecoplan.

Von den 66'000 CHF Einnahmen, die ein durchschnittlicher Haushalt pro Äquivalenzperson im Jahr 2001 erzielt, gehen 24% als Steuern und Sozialversicherungsausgaben zwangsweise wieder weg – das verfügbare Einkommen beträgt also 76% des Bruttoeinkommens oder durchschnittlich rund 50'000 CHF. Berücksichtigt man, dass die Haushalte mit den Mieten oder Hypothekendarlehen und Versicherungsverträgen langfristige Verpflichtungen eingehen, so kann der Durchschnittshaushalt kurzfristig über 55% des Bruttoeinkommens frei verfügen; dies entspricht rund 36'000 CHF pro Äquivalenzperson.

Verteilung der Einkommen

Will man sich ein Bild des Wohlstands in einem Land machen, so ist nicht nur das durchschnittliche Einkommensniveau von Belang, sondern auch, wer vom „Kuchen“ wie viel erwirtschaftet oder erhält – also die Verteilung der Einkommen auf die Haushalte.

Die 20% ärmsten Erwerbshaushalte (gemessen am verfügbaren Äquivalenzeinkommen) erzielen 9%, die 10% reichsten Haushalte rund 21% des gesamten verfügbaren Äquivalenzeinkommens. Das Bruttoeinkommen und das verfügbare Einkommen sind bei den Haushalten im Erwerbsprozess in etwa gleich verteilt. Das bedeutet, dass die progressive Wirkung der Einkommenssteuern durch die degressive Wirkung der Sozialversicherungsbeiträge neutralisiert wird. Das verfügbare Äquivalenzeinkommen bei Rentnern liegt rund 22% unter demjenigen für Erwerbshaushalte. Die Einkommen der Rentner sind deutlich ungleicher verteilt als diejenigen der Erwerbshaushalte.

Wer erhält, erwirtschaftet wie viel? Die Unterschiede zwischen Arm und Reich

Im Folgenden vergleichen wir zwei Haushaltstypen – Erwerbs- und Rentnerhaushalte – und teilen diese gemessen an ihren Einkommen und Ausgaben in Arm und Reich ein: Die Erwerbshaushalte in Dezile, die Rentnerhaushalte in Quartile:

Tabelle 1: Einteilung der Haushalte in Arm und Reich

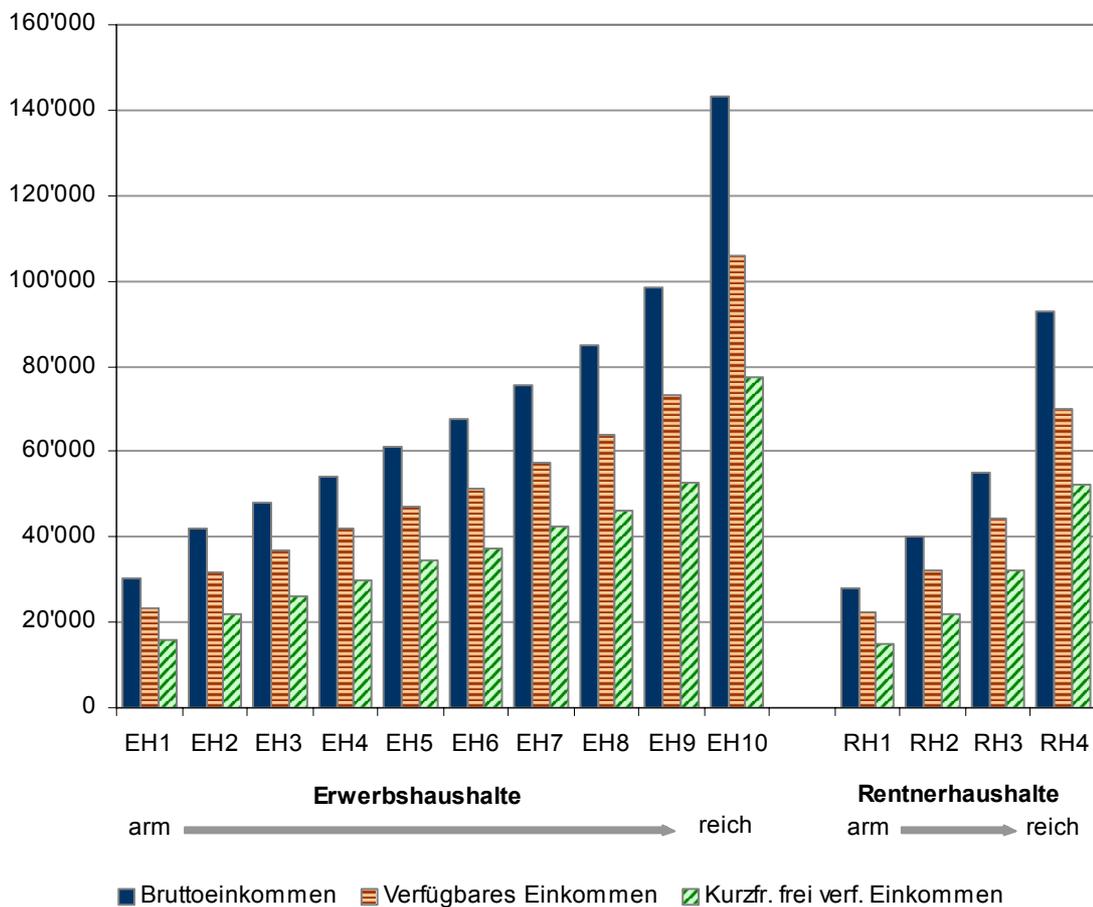
Bezeichnung	Haushaltkategorie	Lebensstandard	
EH1	Erwerbshaushalt	1. Dezil, unterste 10% der Erwerbshaushalte	Arm
EH2		2. Dezil, 10%-20% der Erwerbshaushalte	
EH3 bis EH5	“	3. bis 5. Dezil der Erwerbshaushalte	Untere Mittelschicht
EH6 bis EH8	“	6. bis 8. Dezil der Erwerbshaushalte	Obere Mittelschicht
EH9	“	9. Dezil, 80%-90% der Erwerbshaushalte	Reich
EH10		10. Dezil, oberste 10% der Erwerbshaushalte (nur Haushalte bis zu einem Äquivalenzeinkommen von 750'000 CHF)	
RH1	Rentnerhaushalt	1. Quartil, unterste 25% der Rentnerhaushalte	
RH2		2. Quartil, 25%-50% der Rentnerhaushalte	
RH3		3. Quartil, 50%-75% der Rentnerhaushalte	
RH4		4. Quartil, oberste 25% der Rentnerhaushalte	

Gemäss Grafik 2 haben die Haushalte im Erwerbsprozess mit dem tiefsten Lebensstandard ein durchschnittliches verfügbares Äquivalenzeinkommen von 23'304 CHF im Jahr 2001. Demgegenüber ist ein Erwerbshaushalt im obersten Dezil mit einem durchschnittlichen verfügbaren Äquivalenzeinkommen von über 106'000 CHF pro Jahr ausgestattet.

Die reichsten 10% der Erwerbshaushalte haben 4.6 mal mehr verfügbares Einkommen als die ärmsten 10%. Die reicheren Haushalte sind insbesondere bei den kinderlosen, 50- bis 60-jährigen Schweizer Arbeitnehmern, die in städtischen Regionen bzw. rund um Zürich leben, zu finden.

Mit steigendem Lebensstandard wird zwar mehr für Miete und Wohneigentum ausgegeben, aber die Einkommen steigen stärker als die Ausgaben für Miete und Wohneigentum: Der Anteil für die Wohnausgaben am Bruttoeinkommen sinkt mit zunehmendem Lebensstandard von 19% im untersten Dezil (EH1) auf etwa 10% im obersten Dezil (EH10). Umgekehrt verhält es sich mit den Versicherungsausgaben, deren Anteil mit steigendem Lebensstandard zunimmt. Zusammenfassend nehmen die speziellen Ausgaben mit längerfristiger Verpflichtung in der Regel mit steigendem Lebensstandard unterproportional zu, was zu wachsender Ungleichheit beim kurzfristig frei verfügbaren Äquivalenzeinkommen führt.

Grafik 2: Durchschnittliches Bruttoeinkommen, verfügbares Einkommen und kurzfristig frei verfügbares Einkommen, pro Haushaltsgruppe und Äquivalenzperson, 2001 (zu Preisen 2001)



Einkommen 2001 [pro Äquivalenzperson zu Preisen 2001]	EH1	EH10	EH10/EH1	RH1	RH4
Bruttoeinkommen	30'418	143'210	4.7	27'996	92'930
Verfügbares Einkommen	23'304	106'060	4.6	22'250	70'069
Kurzfristig frei verfügbares Einkommen	15'771	77'465	4.9	14'978	52'161

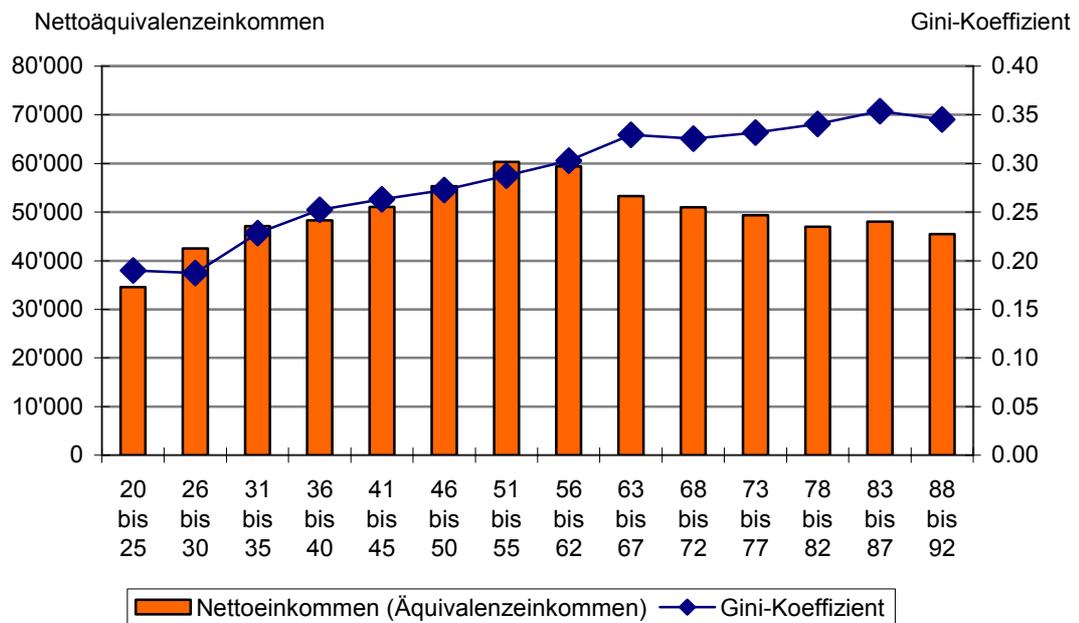
Quelle: Einkommens- und Verbrauchserhebung 2001, Auswertung EcoPlan.

Ein direkter Vergleich der Erwerbs- und Rentnerhaushalte ist problematisch: Insbesondere bei den Rentnerhaushalten spielt das Vermögenseinkommen und auch der potenzielle Vermögensverzehr eine wichtige Rolle bei der Bestimmung des Lebensstandards. Die Erhebung des Vermögenseinkommens ist aber unvollständig und bezüglich der angehäuften Vermögen gibt es in der Einkommens- und Verbrauchserhebung gar keine Angaben.

Die Einkommensdisparitäten nehmen mit dem Alter zu

Nimmt man die Statistik der direkten Bundessteuer zu Hilfe, so kann gezeigt werden, dass die aus dem steuerbaren Einkommen abgeleiteten Nettoäquivalenzeinkommen bis zur Altersklasse der 51- bis 55-Jährigen steigen (vgl. Grafik 3). Nach dem Übertritt ins Rentenalter sinkt das Äquivalenzeinkommen wieder.

Grafik 3: Nettoäquivalenzeinkommen und Gini-Koeffizient nach Altersgruppen (Bemessungsjahre 1995/96) [zu Preisen 2001]



Quelle: Statistik der direkten Bundessteuern, Auswertung: Eidg. Steuerverwaltung.

Ganz deutlich zeigt sich auch, dass mit zunehmendem Alter die Einkommen ungleicher verteilt sind (dargestellt am zunehmenden Gini-Koeffizient, einem Mass für die Ungleichverteilung der Einkommen; je höher dessen Wert, desto ungleicher ist das Einkommen verteilt): Während in jungen Jahren die Einkommen noch relativ gleich verteilt sind – alle starten auf ähnlichem Niveau, öffnet sich die Einkommensschere mit steigendem Alter. Insbesondere in den „karriereprägenden“ Jahren zwischen Alter 30 und 40 nimmt die Einkommensungleichheit rapide zu. Ein weiterer merklicher Anstieg der Ungleichheit kann im Übergang in das Rentenalter festgemacht werden.

Grosse regionale Einkommensunterschiede

Die Einkommen sind in der Schweiz regional sehr ungleich verteilt. Die Grafik 4 zeigt die Medianeinkommen pro Gemeinde für die ganze Schweiz. Ganz grob können wir drei Achsen unterscheiden:

- Juralinie (Neuchatel, Jura) mit tiefen Einkommen
- Mittelland und Nordwestschweiz mit hohen Einkommen und
- Voralpenregion, Alpengebiet und Südschweiz wieder mit einem tiefen Einkommen

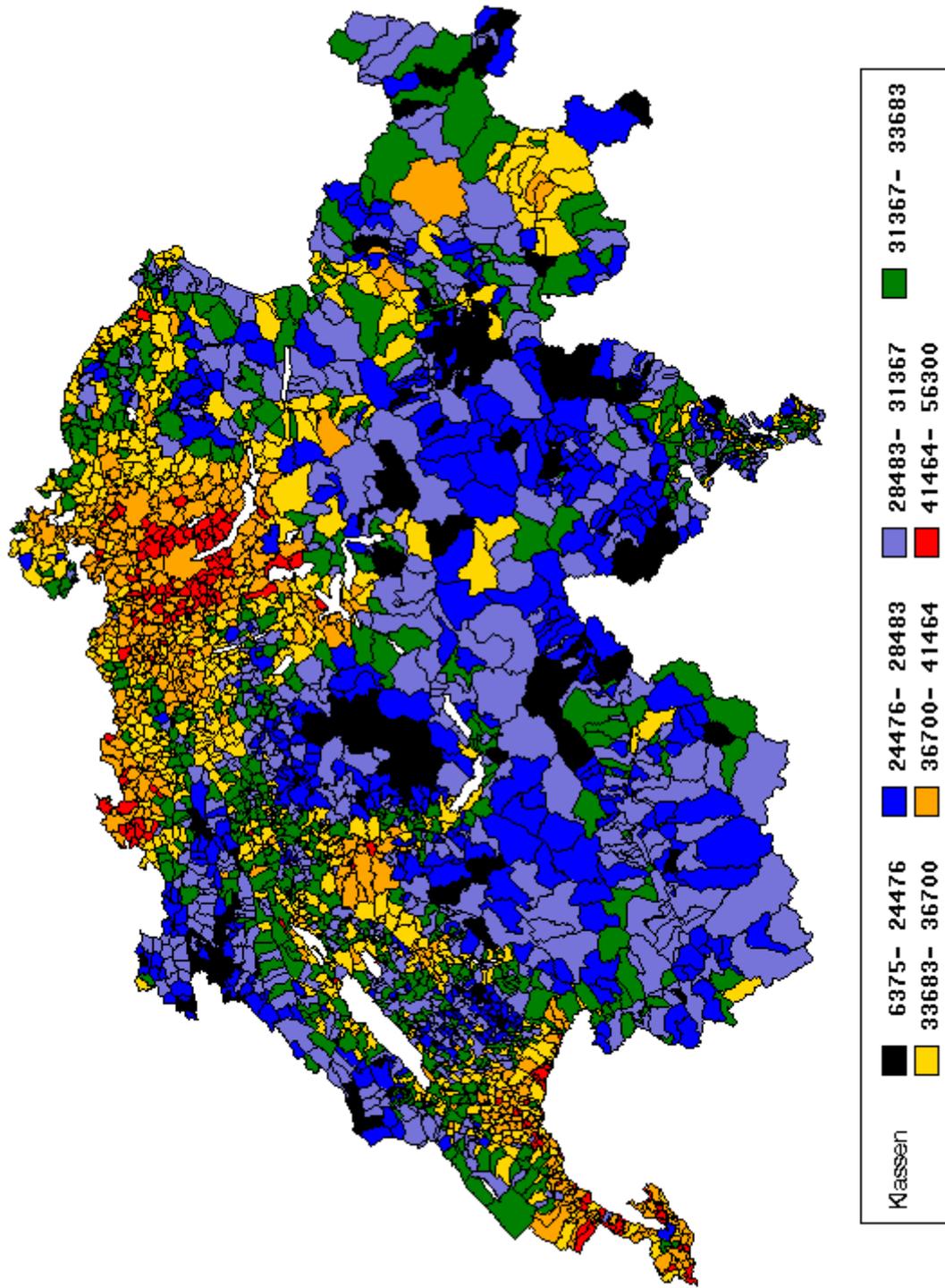
Ganz deutlich treten die überdurchschnittlichen Einkommen von Zürich zu Tage. Überdurchschnittliche Medianeinkommen werden daneben auch in der Nordwestschweiz, der Genferseeregion und in touristischen Hochburgen erzielt.

In städtischen Regionen wird durchschnittlich ein 20% höheres Einkommen erzielt als in ländlichen Regionen – allerdings sind die Einkommen in den Städten auch ungleicher verteilt als auf dem Land. Nicht nur in den Städten, sondern auch in den ärmsten Gemeinden sind die Einkommen ungleich verteilt.

Internationaler Vergleich

Im Vergleich zu anderen industrialisierten Staaten weist die Schweiz leicht überdurchschnittliche Disparitäten beim verfügbaren Einkommen auf. Die skandinavischen Länder weisen eine egalitärere Einkommensverteilung auf. Zu den Ländern, deren Einkommen teilweise deutlich ungleicher verteilt sind als in der Schweiz gehören die USA, Grossbritannien, Italien und Kanada.

Grafik 4: Medianeinkommen pro Gemeinde in den Jahren 1995/96

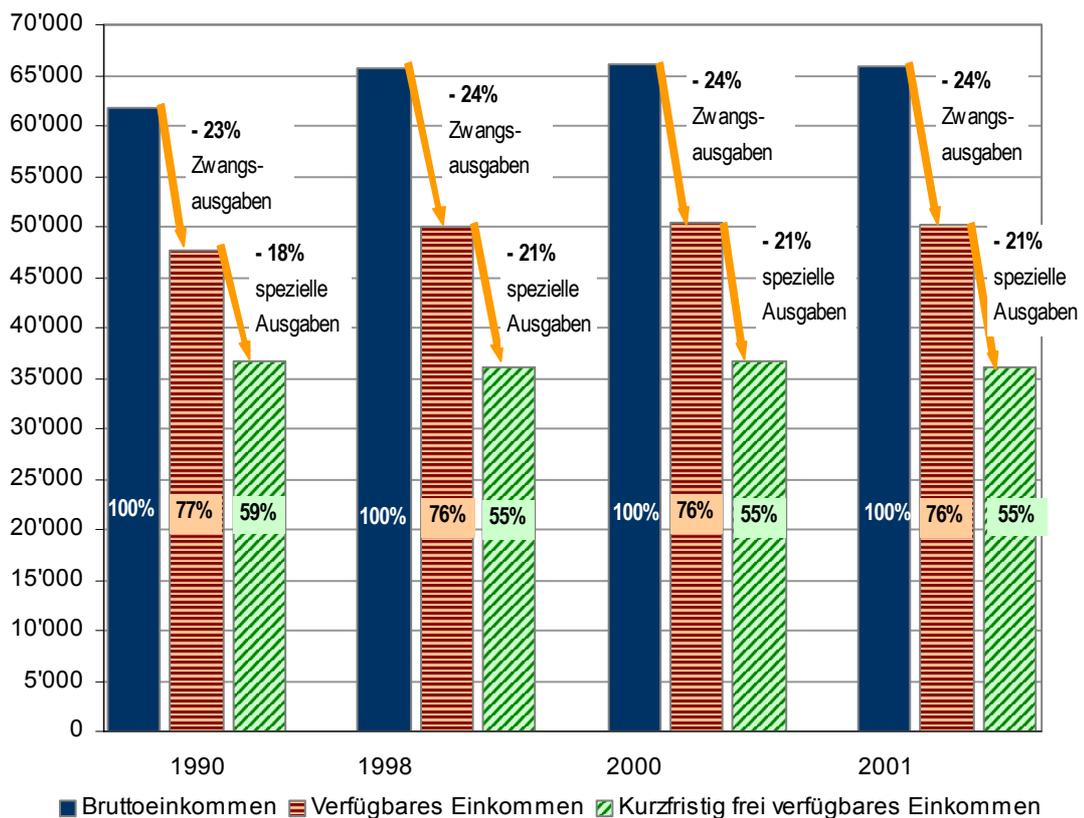


Quelle: Statistik der direkten Bundessteuer, Auswertung und Grafik Eidgenössische Steuerverwaltung.

Entwicklung der Einkommen 1990 bis 2001

Die bisherigen Ausführungen haben sich auf das Jahr 2001 konzentriert. Wie sich die durchschnittlichen äquivalenten Haushalteinkommen seit 1990 bis 2001 entwickelt haben, zeigt die Grafik 5.

Grafik 5: Vom Bruttoeinkommen zum kurzfristig verfügbaren Einkommen 1990 bis 2001 (durchschnittliche Äquivalenzeinkommen), absolute Werte und Anteile am Bruttoeinkommen (zu Preisen 2001)



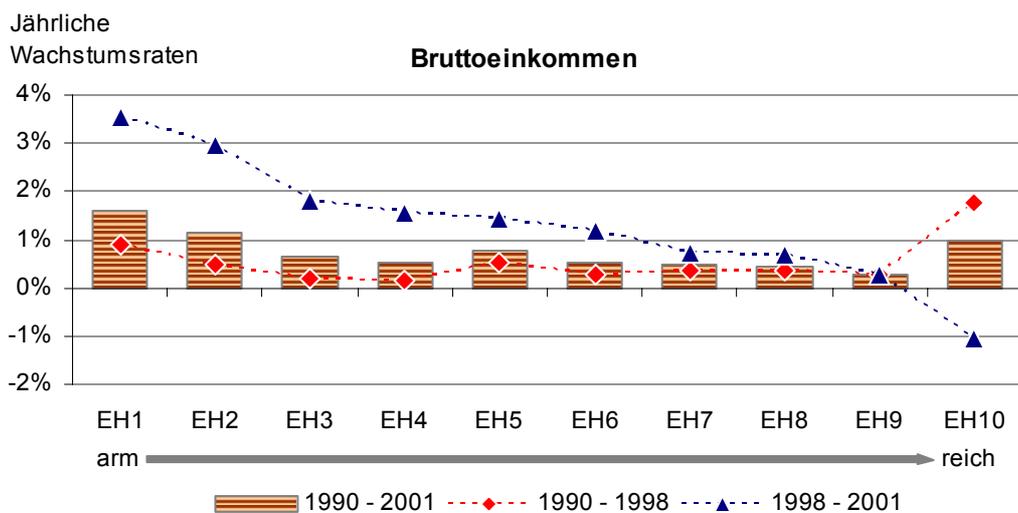
	Einkommen in CHF [zu Preisen 2001]				Jährliche Wachstumsraten		
	1990	1998	2000	2001	1990-98	1998-2001	1990-2001
Bruttoeinkommen	61'743	65'662	66'001	65'872	0.8%	0.1%	0.6%
Verfügbares Einkommen	47'676	50'056	50'358	50'144	0.6%	0.1%	0.5%
Kurzfr. frei verfügbares Einkommen	36'705	36'076	36'692	36'126	-0.2%	0.0%	-0.1%

Quelle: Einkommens- und Verbrauchserhebung 1990, 1998, 2000 und 2001, Auswertung Ecoplan.

Zunahme beim Bruttoeinkommen – vor allem für Arme und Reiche

Das durchschnittliche äquivalente Bruttoeinkommen hat zwischen 1990 und 2001 um 0.6% jährlich zugenommen. Nur die ärmeren Erwerbshaushalte (ärmste 20%, also EH1 und EH2) und die reichsten Haushalte (EH 10, reichste 10%, wobei die Haushalte mit extrem hohen Einkommen hier nicht erfasst sind, vgl. Tabelle 1) konnten eine Zunahme des äquivalenten Bruttoeinkommens von jährlich mindestens 1% erzielen (vgl. Grafik 6). Die untere und obere Mittelschicht hingegen mussten sich mit einem unterdurchschnittlichen Wachstum von ungefähr 0.5% jährlich begnügen. Ganz deutlich wird auch, dass das äquivalente Bruttoeinkommenswachstum zwischen 1990 und 1998, einer durch eine langjährige Rezession geprägten Periode, nur gerade bei den reichsten Haushalten relativ stark angestiegen ist (mit knapp 2% jährlich). Ab 1998 bis 2001 konnten dann aber die ärmeren Haushaltgruppen zulegen: Einerseits sind die tieferen Löhne leicht überdurchschnittlich gestiegen, andererseits dürfte die Arbeitsmarktpartizipation bei den ärmeren Haushalten auf Grund der besseren Arbeitsmarktlage und Beschäftigungsaussichten in diesen Jahren gestiegen sein.

Grafik 6: Jährliche Wachstumsraten des äquivalenten Bruttoeinkommens für Haushalte im Erwerbsprozess (EH) für die Jahre 1990 bis 2001



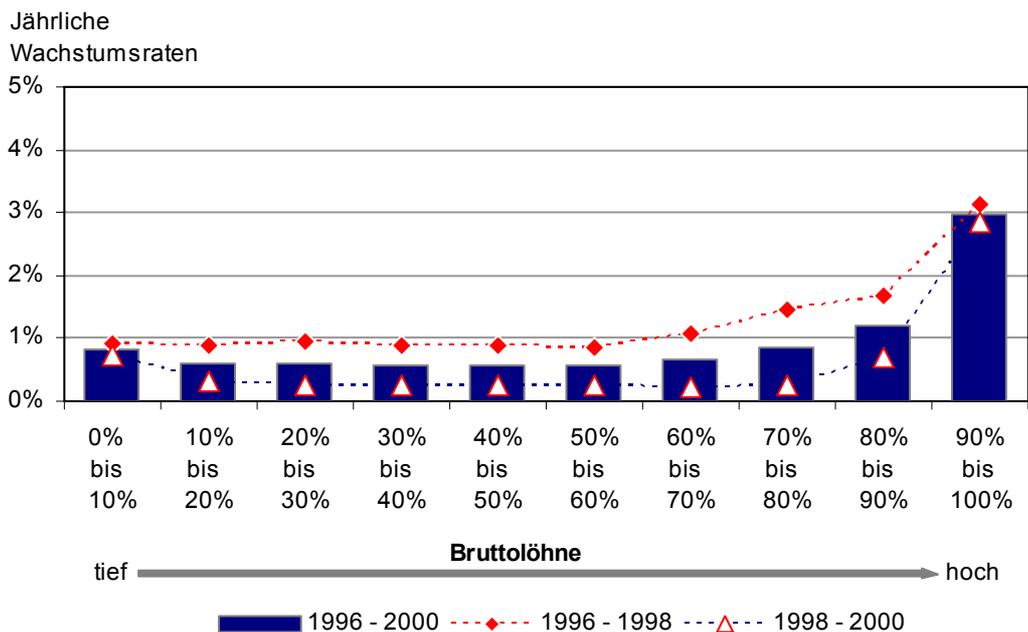
Quelle: Einkommens- und Verbrauchserhebung 1990, 1998, 2000 und 2001, Auswertung Ecoplan.

Lesehilfe: Zwischen 1990 und 2001 betrug die jährliche Wachstumsrate des Bruttoeinkommens der ärmsten 10% der Erwerbshaushalte (EH1) 1.6%. Für die reichsten 10% der Erwerbshaushalte (EH10) betrug diese Wachstumsrate in derselben Zeitperiode 1% jährlich. Zwischen 1998 und 2001 wuchsen die Bruttoeinkommen der ärmsten 10% der Erwerbshaushalte (EH1) mit 3.5% jährlich, während sie bei den reichsten 10% der Erwerbshaushalte (EH10) um über 1% zurückgingen. Die Grafik zeigt also, dass die verschiedenen Lebensstandardgruppen EH1 bis EH10 ein unterschiedliches Wachstum ihres Bruttoeinkommens erzielten und dass diese Wachstumsraten je nach betrachteter Zeitperiode stark variieren. Dies gilt vor allem für die ärmsten und reichsten Erwerbshaushalte.

Überdurchschnittliche Zunahme der hohen Bruttolöhne

Die Grafik 7 zeigt an Hand der Auswertung der Lohnstrukturerhebung von rund 500'000 Lohndaten pro Stichjahr, dass ab 1996 bis 2000 vor allem die hohen Löhne gestiegen sind. Die „mittelständischen“ Löhne haben dagegen weit unterdurchschnittlich zugenommen: Die Lohnschere hat sich also in den Jahren 1996 bis 2000 geöffnet.

Grafik 7: Entwicklung der monatlichen Bruttolöhne, jährliche Wachstumsraten von 1996 bis 2000 (zu Preisen 2001)



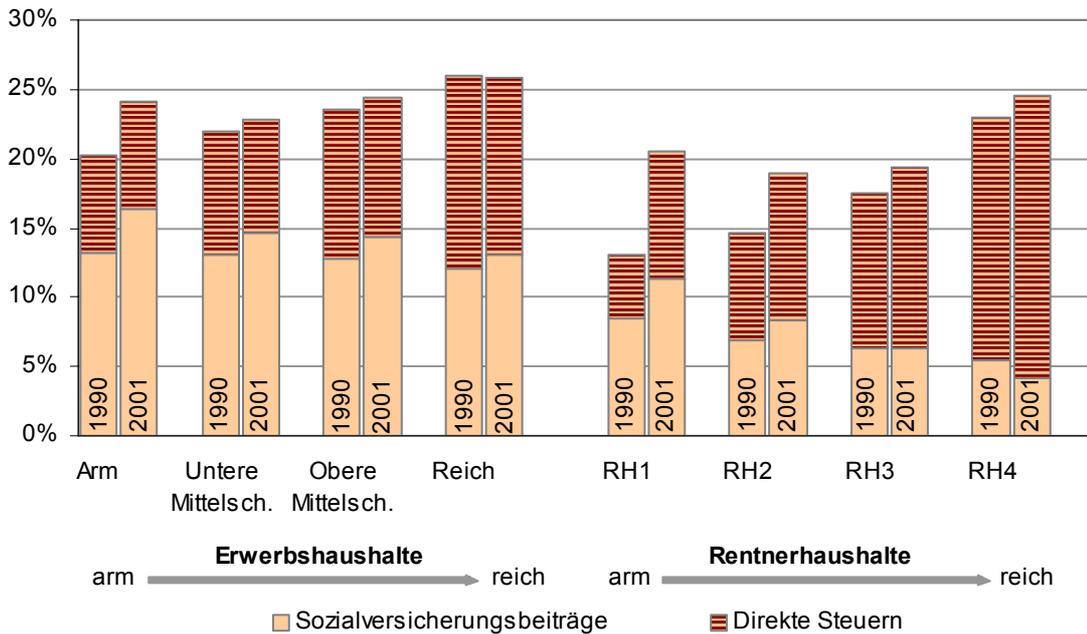
Quelle: Lohnstrukturerhebung, 1996, 1998 und 2000, Auswertung BFS und Ecoplan.

Lesehilfe: Analog zu Grafik 6, jedoch für Wachstumsraten der Bruttolöhne.

Höhere Zwangsabgaben – trotzdem leichte Zunahme beim verfügbaren Einkommen

Das verfügbare Einkommen konnte nicht ganz Schritt halten und wuchs mit 0.5% nicht ganz so schnell wie das Bruttoeinkommen. Der Grund für diese Entwicklung ist in der anteilmässigen Zunahme der Zwangsausgaben (Steuern und Sozialbeiträge) zu suchen (vgl. dazu Grafik 8). Der Anteil der Zwangsausgaben am Bruttoeinkommen hat insgesamt von 23% im Jahre 1990 auf 24% im Jahre 2001 zugenommen. Insbesondere für die ärmeren Erwerbs- und Rentnerhaushalte sind die Zwangsausgaben stärker gewachsen als das Bruttoeinkommen.

Grafik 8: Entwicklung der durchschnittlichen Zwangsausgaben von 1990 bis 2001, Anteile am Bruttoeinkommen pro Haushaltsgruppe und Äquivalenzperson, 2001

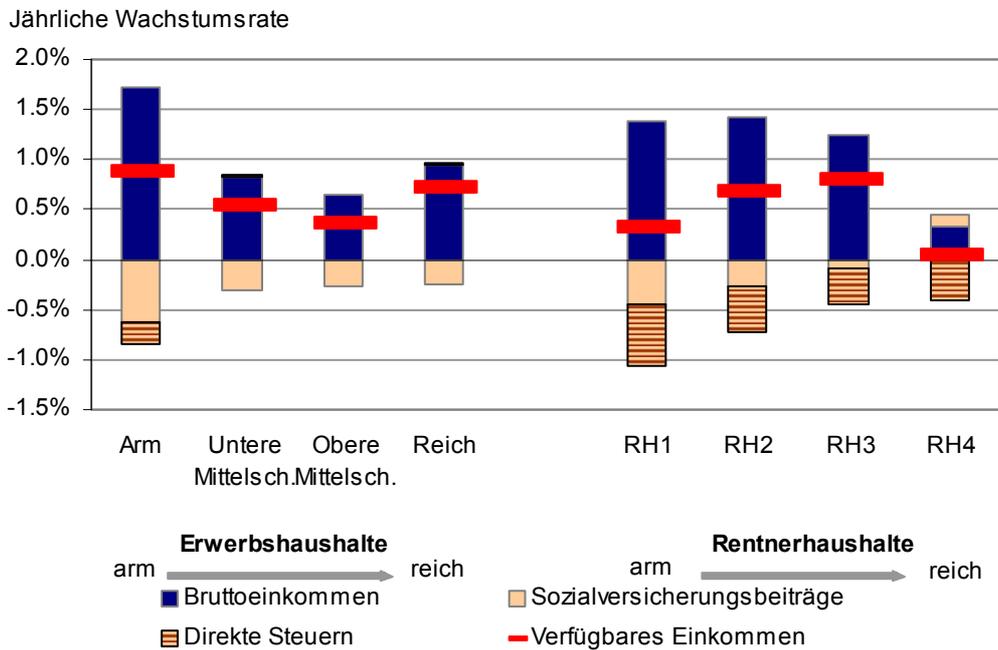


Quelle: Einkommens- und Verbrauchserhebung 1990 und 2001, Auswertung EcoPlan.

Unterdurchschnittliches Wachstum des verfügbaren Einkommens beim Mittelstand

Der Mittelstand bei den Erwerbshaushalten musste sich mit unterdurchschnittlichen Wachstumsraten beim verfügbaren Einkommen begnügen (vgl. Grafik 9): Einerseits sind die Bruttoeinkommen unterdurchschnittlich gewachsen, andererseits haben die Sozialversicherungsbeiträge stärker zugenommen als das Bruttoeinkommen. Bei den Rentnerhaushalten konnte dagegen der Mittelstand überdurchschnittlich zulegen – also diejenigen Rentner und Rentnerinnen, deren Einkommen massgeblich durch die Pensionskassenleistungen geprägt sind.

Grafik 9: Wachstumsbeitrag des Bruttoeinkommens und der Zwangsausgaben an das Wachstum des verfügbaren Einkommens im Zeitraum 1990 bis 2001, pro Haushaltsgruppe und Äquivalenzperson (zu Preisen 2001)



Quelle: Einkommens- und Verbrauchserhebung 1990 und 2001, Auswertung Ecoplan.

Lesehilfe: Der arme Erwerbshaushalt (1. und 2. Dezil) konnte sein verfügbares Äquivalenzeinkommen zwischen 1990 und 2001 um jährlich 0.9% steigern. Das Bruttoeinkommen lieferte dazu einen positiven Wachstumsbeitrag von +1.7% jährlich. Da die Sozialversicherungsbeiträge und direkten Steuern stärker gewachsen sind als das Bruttoeinkommen, haben diese einen negativen Wachstumsbeitrag – hier von –0.8% jährlich – an das verfügbare Äquivalenzeinkommen. (Bemerkung: Für die Mittelschicht und die reichen Erwerbshaushalte verändern sich die relativen Belastungen mit den direkten Steuern nicht, daher ist hier kein negativer oder positiver Beitrag an das Wachstum des verfügbaren Einkommens ersichtlich).

Stagnation beim kurzfristig frei verfügbaren Einkommen

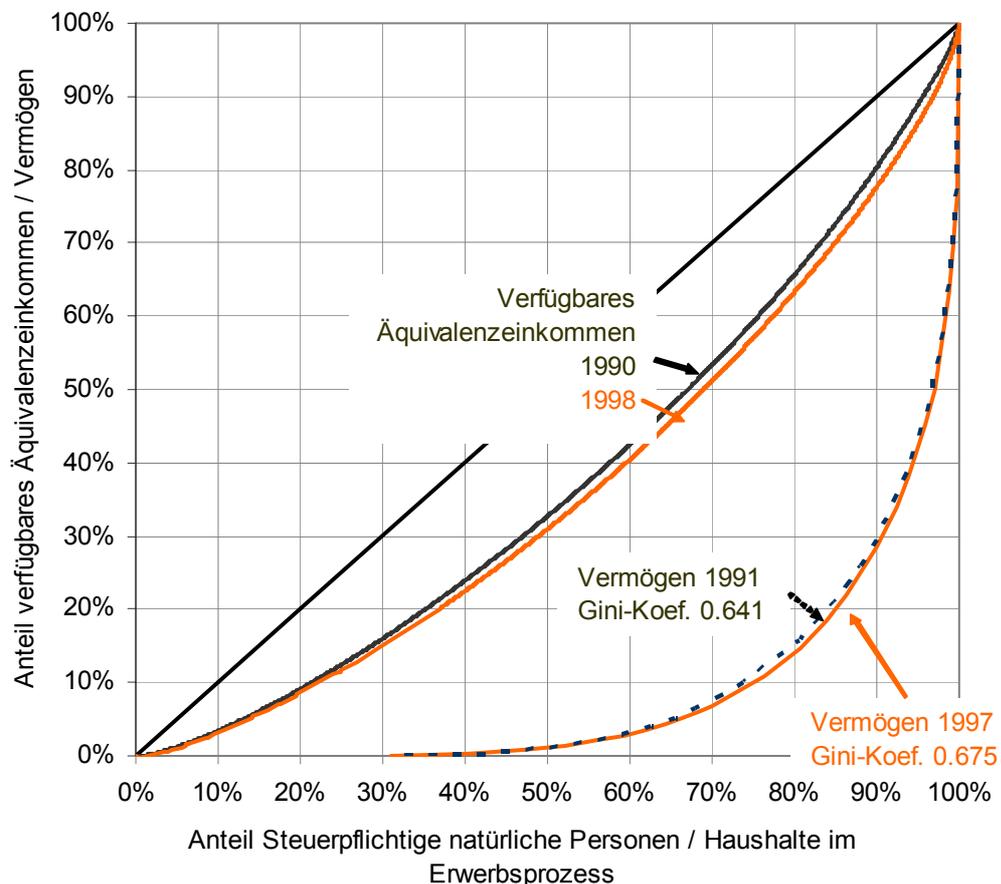
Trotz leicht steigendem Bruttoeinkommen und verfügbarem Einkommen hat das kurzfristig frei verfügbare Einkommen zwischen 1990 und 2001 nicht zugenommen – bezüglich des kurzfristig frei verfügbaren Einkommens muss also ein „Treten an Ort“ konstatiert werden. Zwischen 1990 und 1998 hat es sogar leicht abgenommen, ab 1998 hat sich das kurzfristig frei verfügbare Äquivalenzeinkommen wieder stabilisiert; es hat aber nicht zugenommen. Der Grund für diese Stagnation ist vor allem im überproportionalen Wachstum der Ausgaben für das Wohnen zu suchen.

Die reichsten Erwerbshaushalte (10. Dezil) konnten zwischen 1990 und 2001 ihr kurzfristig frei verfügbares Einkommen erhöhen. Die anderen Erwerbs- und Rentnerhaushalte mussten in der Regel mit stagnierenden, ja sogar leicht sinkenden kurzfristig frei verfügbaren Einkommen rechnen.

Die Vermögen – ungleich verteilt

Die Aussagekraft der Vermögensstatistik ist durch die nicht ganz lückenlose Erfassung aller Vermögensbestände etwas eingeschränkt. In der Grafik 10 wird die Verteilung der verfügbaren Einkommen und der Vermögen mittels einer Lorenzkurve veranschaulicht. Die Lorenzkurve für das Reinvermögen verläuft deutlich gekrümmter, als diejenige für das verfügbare Einkommen. Das bedeutet, dass das Vermögen deutlich ungleicher verteilt ist als das verfügbare Einkommen. Die Ungleichverteilung des Reinvermögens hat zwischen 1991 und 1997 leicht zugenommen.

Grafik 10: Lorenzkurve des verfügbaren Einkommens pro Äquivalenzperson der Haushalte im Erwerbsprozess (EH) und Reinvermögen der Steuerpflichtigen natürlichen Personen, 1990, 1991, 1997 und 1998 (zu Preisen 2001)



Quelle: Einkommens- und Verbrauchserhebung 1990 und 1998, Gesamtschweizerische Vermögensstatistik der natürlichen Personen 1993 (Vermögensbestand 1991) und 1999 (Vermögensbestand 1997), Auswertung EcoPLAN.

Lesebeispiel:

Vermögen: 90% der steuerpflichtigen, natürlichen Personen besitzen rund 30% (1991) des gesamten Vermögens. Die reichsten 10% besitzen demnach die restlichen 70% des gesamten Vermögens.

Wohlbefinden – nicht nur eine Frage des Einkommens

In den bisherigen Ausführungen stand die finanzielle Situation der Haushalte im Vordergrund. Einkommensschwäche hat jedoch auch Auswirkungen auf die Lebensbedingungen und Lebensqualität der Bevölkerung. In der Tat sind in einkommensschwachen Haushalten lebende Personen gehäuft mit objektiven und subjektiv empfundenen Problemlagen konfrontiert. Bei gewissen einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen kumulieren sich zudem einzelne Defizite zu komplexen, bereichs-übergreifenden Problemlagen. Von solchen Mehrfachbenachteiligungen besonders betroffen sind Alleinerziehende. Aber auch unter den Ausländerinnen und Ausländern, kinderreichen Familien und Angestellten in Verkaufs- und Dienstleistungsberufen ist der Anteil mehrfach benachteiligter Individuen überdurchschnittlich hoch.

Auch wenn mehrfach Benachteiligte in Bezug auf das allgemeine Wohlbefinden deutlich unzufriedener sind als Personen, die nicht von Problemkumulationen betroffen sind, scheinen schlechte objektive Lebensbedingungen einen geringeren Einfluss auf das Wohlbefinden auszuüben als die subjektiven Aspekte. Schlechte Lebensbedingungen wirken sich also nicht direkt, sondern eher über die Negativbewertung einzelner Lebensbereiche auf das generelle Wohlbefinden aus. Bezogen auf das Einkommen bedeutet dies, dass ein niedriges Einkommen sich oft nicht als solches, sondern durch die Unzufriedenheit, die es generieren kann, negativ auf die allgemeine Lebenszufriedenheit auswirken dürfte.

Wohlbefinden ist somit nicht einzig auf das Einkommen, sondern auf eine Vielzahl von zusammen agierenden objektiven und subjektiven Einflussfaktoren zurückzuführen. Populärer können wir das wie folgt festhalten: Auch Einkommensschwache können ein „glückliches“ Leben führen und höhere Einkommen schützen nicht vor allgemeiner Lebensunzufriedenheit.